

## Gemeinsame Forderung

### ***„Für eine lebendige Werra, Fulda und Weser“***

Die Versalzung durch die Kaliindustrie ist einer der Hauptgründe für eine schlechte Gewässerqualität im Wesereinzugsgebiet.

Um hier wieder eine lebendige Flora und Fauna zu entwickeln, muss die Versalzung von Grundwasser und Fließgewässern so schnell wie möglich beendet werden.

#### **Forderungen**

Die unterzeichnenden Verbände, Gemeinden und Institutionen fordern daher die beteiligten Landesregierungen, die Bundesregierung und K+S auf, sich dafür einzusetzen, dass Folgendes umgesetzt wird:

- Herstellung des guten ökologischen Zustandes für die gesamte Werra und Weser im Sinne der Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
- Sicherung der Arbeitsplätze durch eine zeitnahe umweltverträgliche Entsorgung
- Erstellung eines von allen beteiligten Ländern abgestimmten Konzeptes zu einer dauerhaften und zukunftsfähigen Lösung der Salzproblematik ggf. durch Koordinierung des Bundes
- Absenkung der Grenzwerte am Pegel Gerstungen und Einrichtung weiterer Messstellen zur Erreichung des guten ökologischen Zustandes im Sinne der WRRL
- Öffentliche Bestellung von unabhängigen Gutachtern zur Erarbeitung von alternativen Maßnahmen zur Lösung der Gesamtproblematik,
- Verhinderung von Bergschäden (Geländesenkungen, Bergschläge etc.) und langfristigen Salzbelastungen, indem die festen Rückstände unter Tage eingebracht werden
- Einrichtung eines „Runden Tisches“ aller Beteiligten und Betroffenen unter Einbeziehung der Unterlieger
- Veröffentlichung aller Untersuchungsberichte über die Auswirkungen der Salzbelastung und der Maßnahmen zu ihrer Vermeidung und Reduktion
- Revitalisierung der Werra und der angrenzenden Aue mit dem Schwerpunkt der Zulassung einer weitgehend natürlichen Gewässerdynamik

## **Aktuelle Situation**

Die Fa. K+S Kali GmbH leitet derzeit im Werragebiet ca. 14 Millionen Kubikmeter Salzabwasser pro Jahr etwa zur Hälfte in die Werra, die andere Hälfte wird im Untergrund (Plattendolomit) verpresst. Von dieser Menge stammen etwas mehr als eine Millionen Kubikmeter Abwasser (Tendenz steigend) von Salzhalden.

Auch am Standort Neuhof-Ellers bei Fulda fallen jährlich bis zu 700.000 Kubikmeter Haldenabwasser an. Diese wurden bisher zum großen Teil ebenfalls im Plattendolomit verpresst. Der Versenkraum ist jedoch in naher Zukunft entgegen anders lautender Prognosen durch K+S, die der bisherigen Genehmigung zu Grunde lagen, erschöpft.

K+S plant nun aktuell eine Einleitung dieses Haldenabwassers über eine Pipeline vom Standort Neuhof-Ellers in das Werrasystem. Nach Angaben des Unternehmens soll die Salzlauge unter Einhaltung des genehmigten Grenzwertes bei Gerstungen von 2.500 mg/l Chlorid auch in Zeiten starker Wasserführung in die Werra eingebracht werden.

Vor dem industriellen Abbau von Kali waren Weser und Werra fischreiche Gewässer. Der Lachs als Leitfisch veranlasste Angler aus ganz Europa, ihren Urlaub an der Weser zu verbringen. Im 20. Jh. verschwanden als Folge der massiven menschlichen Eingriffe viele ursprünglich heimische Tier- und Pflanzenarten aus dem Weser- und Werragebiet. Der Fischertrag der Weser ging von 200 kg/ha in den zwanziger Jahren über 80 kg/ha in den sechziger Jahren auf 4-5 kg/ha Ende der 90er Jahre zurück. Neben der Beeinträchtigung von Lebensgemeinschaften in den Fließgewässern wirkt sich die Salzbelastung direkt oder indirekt negativ auf Trinkwassergewinnung, Landwirtschaft und Fischerei aus.

Die Salzeinleitung wurde erstmals 1913 durch einen voran gegangenen Trinkwassernotstand in Bremen auf 842,5 mg/l Chlorid am Pegel Gerstungen beschränkt. 1924 wurde eine Erhöhung des Wertes auf 1.781 mg/l vorgenommen, welcher 1942 für die Dauer des Krieges auf 2.500 mg/l Chlorid erhöht wurde. Seitdem wurde der Grenzwert trotz Ende des Krieges weiter fortgeschrieben und zuletzt durch das zuständige Regierungspräsidium in Kassel 2003 erneut bestätigt. Die Gesamthärte wurde seit 1996 zudem noch schrittweise von 50° dH auf 90° dH erhöht, ein Wert der natürlicherweise in Gewässern nicht vorkommt. Dadurch wurde es möglich, höhere Anteile an Magnesium und Calcium in die Gewässer zu leiten. Zum Vergleich: die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) gibt für einen guten ökologischen Zustand 100 mg Chlorid/l als Richtwert an. Nach der Trinkwasserverordnung dürfen 250 mg Chlorid/l sowie 25° dH nicht überschritten werden.

Neben der direkten Einleitung von Salzabwasser ist die indirekte Einleitung durch das Verpressen von Abwasser in den Plattendolomit ein zentrales Problem. Bisher wurde etwa eine Milliarde Kubikmeter im Untergrund versenkt. Bereits 1968 stoppten Thüringische Kaliwerke die Verpressung von Salzabwasser über Schluckbrunnen in den Plattendolomit, da die Trinkwasserbrunnen der näheren Umgebung Salzsäden aufwiesen. Die Bezirksregierung in Kassel stellt zurzeit in immer kürzeren Abständen eine Verkleinerung des Versenkraumes für Salzlauge im Plattendolomit bei Neuhof-Ellers fest. Die hohen diffusen Belastungen der Werra mit Salzwasser deuten darauf hin, dass die Versenkräume auch im Werra-Revier weitgehend erschöpft sind. Eine nachhaltige Alternative zu der jetzigen „Entsorgung“ ist also sowohl im Fulda- als auch im Werragebiet zwingend erforderlich.

## **Begründung**

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert bis zum Jahr 2015 einen guten Zustand für alle Gewässer. Das muss selbstverständlich auch für Weser, Werra und Fulda gelten.

Im Rahmen der gemeinsamen Anhörung der Umweltausschüsse aus Thüringen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein Westfalen wurde deutlich, dass die geplante Pipeline von Neuhoof-Ellers an die Werra keine umfassende Lösung für eine Verbesserung der Salzproblematik an Werra und Weser ist. Sie stellt eine Verlagerung der Salzbelastung aus dem Fulda-Einzugsgebiet bei Neuhoof-Ellers an die Werra dar. Zwingend notwendig ist aber ein zeitnah realisierbares Gesamtkonzept, welches den Schutz von Grundwasser und Fließgewässern mit den sozioökonomischen Aspekten wie den zumutbaren betriebswirtschaftlichen Kosten für K+S und dem Erhalt der Arbeitsplätze vereinbart.

Dieses Konzept für eine dauerhafte und nachhaltige Reduzierung der Salzlast für die Fließgewässer Werra, Fulda und Weser und Grundwasserkörper der Region soll von unabhängigen Experten untersucht und mit den Betroffenen abgestimmt werden.

Hierbei sind Revitalisierungsmaßnahmen der Flüsse (Werra, Weser) und ihrer Auen zur Förderung und Zulassung einer Gewässerdynamik – punktuelle Altarmbindung, Flussarmneu- bzw. Flutmuldenneubildung, Flussaufspaltungen, Aufriss der Uferverbauung – zu diskutieren und ins allgemeine Verbesserungskonzept aufzunehmen.

Die Bundesregierung könnte sich wie beim Bund-Länderabkommen koordinierend einbringen.

Eine zusätzliche Einbringung von Salzfrachten (Direkteinleitung und Verpressung) belastet die Fließgewässer und angrenzende Landökosysteme. Sollte die heutige Belastung durch Chlorid und verschiedene andere Ionen Bestand haben, sind die Ziele der WRRL nicht zu erreichen. Eine Reduzierung der Belastung sowohl der Gesamtfracht als auch einzelner Komponenten (z.B. Kalium, Magnesium) ist dringend geboten.

Die Genehmigung des angeführten Grenzwertes am Pegel Gerstungen in Höhe von 2.500 mg/l Chlorid bis 2012 und 90° dH bis 2009, sowie die Zulassung der Verpressung in den Untergrund und der Haldenerweiterungen (Neuhoof-Ellers, Hattorf und Heringen) ist rechtlich zu überprüfen.

Die Höhe der Grenzwerte soll ausschließlich auf der Basis unabhängiger Untersuchungen zur Auswirkung der Beeinträchtigung auf Lebensgemeinschaften der Fließgewässer ausgerichtet sein. Bei den anderen Ionen, für die derzeit keine Grenzwerte festgelegt sind, ist analog zu verfahren.

Um schon bald eine gleichmäßigere Konzentration auf geringerem Niveau an der Oberweser zu erreichen, ist die Wassermenge der Fulda in die Salzlaststeuerung mit einzubeziehen.

Als eine mögliche mittelfristige Lösung muss neben weiteren Alternativen bzw. Maßnahmenkombinationen die Direktableitung der Salzabwassermengen in die Nordsee unter Beachtung ökologischer und ökonomischer Belange ernsthaft geprüft werden.

Der Artikel 14 der WRRL schreibt die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Ab sofort soll die Information über das weitere Vorgehen offen dargelegt und die Entscheidungswege transparent gestaltet werden. Bislang erstellte Untersuchungen und Gutachten sind unter Angabe des Auftraggebers zu veröffentlichen.

Der Bundesumweltminister bzw. die zuständigen Bundesländer werden aufgefordert, unverzüglich einen „Runden Tisch“ aller Beteiligten und Betroffenen inklusive der Unterlieger sowie der Bürgerinitiativen einzurichten. Auch in der Vergangenheit haben sich die Weseranrainerländer, Kommunen, Fischerei- und Umweltverbände stark für eine

Verbesserung an Werra und Weser eingesetzt. Für die Erreichung eines zeitnahen Lösungsansatzes der Salzproblematik soll den aufgeführten Akteuren die Möglichkeit gegeben werden, sich weiterhin aktiv an der Diskussion und Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Bei allen Überlegungen zu Maßnahmen sind zukünftige Umweltbelastungen und deren Folgekosten zu beachten. Nach dem Ende der Kaliförderung müssen die sehr ausgedehnten Abbauhohlräume, Strecken und Schächte sicher verwahrt werden. Untertagehohlräume unterliegen der Konvergenz, d.h. sie werden im Laufe der Zeit durch den schwerkraftbedingten Gebirgsdruck immer weiter zusammengedrückt. Die Konvergenz und die Geländesenkungen, sowie das Risiko weiterer Gebirgsschläge können nur durch Einbringung von Feststoffen (Bergversatz) verhindert, bzw. vermindert werden. Je frühzeitiger der Versatz eingebracht wird, desto geringer ist die Konvergenz.

Die Unterzeichner fordern die Politik dazu auf, sich für eine zeitnahe Umsetzung einer nachhaltigen Lösung einzusetzen. Die Bergbaufolgeschäden dürfen nicht allein kommenden Generationen zur Last fallen!

Das Unternehmen K+S wird aufgefordert, auch im Sinne der längerfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen die Umwelt und andere Tätigkeitsbereiche der Anrainer zu schonen und eine umweltgerechte Lösung aktiv zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Genehmigungsbehörden haben sich nicht allein der Förderung des Bergbaus und privatwirtschaftlichen Interessen verpflichtet zu fühlen, sondern müssen im Sinne der gesamten Gesellschaft Entscheidungen treffen.